



COVID-19 – Newsletter 87

25.06.2021

Noch immer stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken. Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite).

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:
https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Grüner Pass - Reger Andrang auf Gesundheitsportal.....	4
3. Wie der Grüne Pass in der Apple Wallet hinterlegt werden kann.....	5
4. COVID-19-Impfstoffe: Zusätzliche 841,8 Mio. € für 2022/23.....	6
5. AstraZeneca wird weiterhin auch für Erstimpfung verwendet	6
6. Faßmann: Zusatz-Förderstunden auch im Herbst.....	6
7. Bundeskanzler Kurz für Wegfall der Quarantäne in Europa	7
8. Wifo und IHS erwarten für 2021 und 2022 kräftige Wirtschaftserholung.....	7
Aus den Bundesländern.....	8
1. Weitere Länder für Impfpflicht neuer Gesundheits-MitarbeiterInnen.....	8
2. Tirol: Urlaub kein Grund für Impfverschiebung	9
Aus den Städten und Gemeinden.....	10
1. Österreichischer Gemeindebund für Zurückfahren der Teststraßen, Österreichischer Städtebund zurückhalten d.....	10
2. Wien öffnet „Walk-in“ für Handysignaturen	11
Europa und International	12
1. Studie: Distanzunterricht ist wenig effektiv.....	12
2. EU kauft weitere 150 Millionen Impfdosen von Moderna	12
3. Kubanisches Vakzin Abdala soll zu über 90 Prozent wirksam sein.....	12
4. Beschränkungen nach neuen Fällen in Israel.....	12
5. Schweizerischer Städteverband: Neue Perspektiven für die Integration trotz der Krise	13



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **18. Juni 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 264/2021](#)

Änderung der Granulare Kreditdatenerhebungs-
Verordnung 2018

[BGBl. II Nr. 265/2021](#)

Änderung der Online-Identifikationsverordnung

[BGBl. III Nr. 89/2021](#)

Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über
konsularische Beziehungen

[BGBl. III Nr. 90/2021](#)

Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über
diplomatische Beziehungen

[BGBl. III Nr. 91/2021](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz und
zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und
internationaler Seen

[BGBl. III Nr. 92/2021](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens des Europarats
zur Bekämpfung des Menschenhandels

[BGBl. III Nr. 93/2021](#)

Geltungsbereich des Protokolls gegen die unerlaubte
Herstellung von Schusswaffen, dazugehörigen Teilen
und Komponenten und Munition und gegen den
unerlaubten Handel damit, in Ergänzung des
Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die
grenzüberschreitende organisierte Kriminalität

[BGBl. III Nr. 94/2021](#)

Geltungsbereich des Abkommens von Nizza über die
Internationale Klassifikation von Waren und
Dienstleistungen für die Eintragung von Marken vom
15. Juni 1957, revidiert in Stockholm am 14. Juli 1967
und in Genf am 13. Mai 1977

[BGBl. III Nr. 95/2021](#)

Geltungsbereich des Abkommens von Locarno zur
Errichtung einer Internationalen Klassifikation für
gewerbliche Muster und Modelle, unterzeichnet am 8.
Oktober 1968, geändert am 2. Oktober 1979

[BGBl. III Nr. 96/2021](#)

Protokoll zur Abänderung des Protokolls zum am 7.
Juni 2011 in Wien unterzeichneten Abkommen
zwischen der Republik Österreich und der Republik
Tadschikistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem
Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom
Vermögen

[BGBl. III Nr. 97/2021](#)

Vereinbarung zwischen der Republik Österreich und
dem Vereinigten Königreich Großbritannien und
Nordirland über die Ausdehnung des
Anwendungsbereichs des Europäischen
Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen
auf Gibraltar

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **21. Juni 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 266/2021](#)

Änderung der Konsularverordnung

[BGBl. II Nr. 267/2021](#)

10. Novelle zur FSG-GV

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **22. Juni 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 268/2021](#)

Bildungsdokumentationsverordnung 2021 – BilDokV
2021

[BGBl. II Nr. 269/2021](#)

Änderung der Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz-
Durchführungsverordnung

[BGBl. II Nr. 270/2021](#)

Änderung der COVID-19-Einreiseverordnung



Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **23. Juni 2021** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 271/2021

Erklärung des Kollektivvertrages für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der privaten Bildungseinrichtungen zur Satzung

Folgendes Bundesgesetzblatt wurde am **24. Juni 2021** herausgegeben:

BGBl. II Nr. 272/2021

Änderung der Verordnung über das Versehen der Genehmigungsdaten oder Typendaten bestimmter Fahrzeuge oder Fahrzeugkategorien mit einer Zulassungssperre in der Genehmigungsdatenbank

2. Grüner Pass - Reger Andrang auf Gesundheitsportal

Der Anfang dieser Woche in vollem Umfang gestartete "Grüne Pass" erfreut sich hoher Zugriffsraten. Insgesamt wurden bisher rund 900.000 Zertifikate über das Gesundheitsportal gesundheit.gv.at abgerufen, davon entfielen auf die letzten beiden Tage 330.000 bzw. 410.000 Abrufe, was den hohen Andrang auf das online erreichbare Portal aufzeigt. Insgesamt wurden bisher 11,05 Mio. Test- Impf- oder Genesenen-Zertifikate mit EU-konformen QR-Codes erstellt.

Abgerufen wurden von diesen 11,05 Millionen laut Gesundheitsministerium bisher rund 7,6 Mio. Zertifikate (inklusive zahlreicher Mehrfach-Abrufe). Die überwiegende Anzahl der Abrufe (6,4 Mio. Mal) betraf Testergebnisse, davon wurden sehr viele mehrfach angefordert. Wie schon bisher ist dazu auch künftig kein Login ins Gesundheitsportal notwendig: Die Ergebnisse bekommt man nach erfolgtem Corona-Test wie gewohnt auch weiterhin via direkt zugesandtem Link (SMS oder E-Mail) oder direkt vor Ort als Ausdruck.

Von den 11,05 Mio. bisher jemals erstellten Zertifikaten mit QR-Code entfielen 6,9 Mio. auf Impfzertifikate (dabei werden Erst- und Zweitstich extra mitgezählt). Rund 300.000 Zertifikate betrafen Genesungen und 3,85 Mio. den Test-Nachweis, hieß es am Dienstag auf APA-Anfrage aus dem Gesundheitsministerium. Eine Aufschlüsselung der bisher rund 900.000 über gesundheit.gv.at abgerufenen Zertifikate nach ihrer Art (geimpft, genesen, getestet) liegt nicht vor. Vor allem am Montag kam es zu vielen Zugriffen, was teilweise zu Wartezeiten bei der Abfrage führte. Seit Sonntag ist neben dem Abruf von Test-Zertifikaten und dem Nachweis einer Genesung auch der Impfnachweis über das Portal abrufbar.

Die Zertifikate ("geimpft", "getestet" oder "genesen" - die "3G") sind wie schon bisher im Inland als "Eintrittskarte" in viele Bereiche gültig - sowohl in digitaler Form wie auch im Papierformat. Der Nachweis, dass von einem selbst keine oder nur eine geringe Ansteckungs-Gefahr ausgeht, ist weiterhin zum Besuch zahlreicher Einrichtungen notwendig - etwa der Gastronomie, der Hotellerie oder auch beim Besuch von Freizeitangeboten oder körpernahen Dienstleistern. Voraussetzung ist stets das Mitführen eines Lichtbildausweises.

In Österreich ist der Nachweis der "3G" auch weiterhin in den bisher gültigen Formen möglich, man braucht also nicht zwingend einen Online-Zugriff auf den Grünen Pass, auch der ausgedruckte QR-Code ist nicht Voraussetzung. So gilt im Inland nach wie vor die Vorlage des Impfpasses in Papierform bzw. eines Impfkärtchens, das Vorzeigen eines Absonderungsbescheids (nicht älter als 180 Tage ist) sowie das Mitführen eines Testnachweis in Papierform - oder der Nachweis auf neutralisierende Antikörper (nicht älter als 90 Tage).

International spielt aber der Nachweis über den "Grünen Pass" inklusive QR-Code eine bedeutende Rolle: Ab 1. Juli wird dieser beim Grenzübertritt in der EU, in den EWR-Staaten und der Schweiz anerkannt. Nicht EU-weit geregelt ist es allerdings, was den Zutritt zu diversen Einrichtungen wie Hotellerie, Restaurants, Bars, etc. betrifft. Alle Informationen zum Grünen Pass erhält man online unter <https://www.gruenerpass.gv.at>, auf der Website www.gesundheit.gv.at oder unter der AGES-Hotline 0800 555 621. Informationen zur Reise in Pandemie-Zeiten findet sich auf der Webseite des Außenministeriums unter <http://go.apa.at/TvWWNedJ> sowie dem Online-Angebot der EU unter <https://reopen.europa.eu/de>.



Um den "Grünen Pass" samt QR-Code in elektronischer Form zu erhalten, kann man sich auf der Webseite [gesundheit.gv.at](https://www.buergerkarte.at) mittels Handysignatur oder Bürgerkarte (Informationen dazu unter:

<https://www.buergerkarte.at>) **einloggen**. Die persönlichen Zertifikate werden als simple PDF-Dateien zum Download angeboten. Die Dokumente kann man abspeichern (etwa am Smartphone) oder auch ausdrucken. Eine Handy-App oder ein Programm für den Desktop gibt es nicht: Das Gesundheitsministerium warnt vielmehr vor der Installation jeglicher "Grüner Pass"-Apps, da es sich dabei um Betrugsversuche handelt, konkret verweist das Ministerium auf eine Betrugs-App mit dem Titel "Corona Green Pass Austria".

Das über [gesundheit.gv.at](https://www.gesundheit.gv.at) erhältliche PDF-Dokument ist mit dem erwähnten QR-Code versehen. Dieser kann von einer kontrollierenden Stelle aus dem Dokument (elektronisch abgespeichert, z. B. am Handy, oder auch ausgedruckt) ausgelesen werden. Freilich muss die Kontrolle nicht zwingend über den QR-Code erfolgen: Genauso gut kann dasselbe PDF-Dokument einfach vorgelegt werden, auch dafür ist sowohl ein Ausdruck oder das am Handy abgespeicherte PDF-Dokument verwendbar. Für einen Grenzübergang empfiehlt es sich jedenfalls, ein Zertifikat inklusive QR-Code zu besorgen.

Wer keinen digitalen Zugang via Bürgerkarte oder Handysignatur hat oder diese Möglichkeit nicht nutzen will, kann den "Grünen Pass" aber auch über andere Wege erhalten. Ein **Testzertifikat** (inkl. QR-Code) kann man nach erfolgreichem Test wie schon bisher mittels personalisiertem Direktlink abrufen. Alternativ kann man sich das Test-Zertifikat auch direkt an der Teststelle kostenlos ausdrucken lassen - und wenn notwendig auch bei den ELGA-Ombudsstellen oder über die meisten Gemeinden und Bezirksverwaltungsbehörden, wo man auch einen Ausdruck eines Genesungszertifikat erhält. Selbsttests finden allerdings keinen Eingang in den "Grünen Pass", sie sind im Inland aber weiterhin als "Eintrittstests" gültig.

Bei den **Genesenen** gilt: in den "Grünen Pass" kommt ein solches Zertifikat samt QR-Code nur dann, sofern der Betroffene im vergangenen halben Jahr einen positiven PCR-Test hatte - und dieser im Epidemiologische Meldesystem (EMS) erfasst wurde.

Das **Impfzertifikat** mit QR-Code kann ebenfalls über einige Gemeinden, Bezirksverwaltungsbehörden, bei den ELGA-Ombudsstellen oder künftig bei den Kundenservicestellen der Österreichischen Gesundheitskasse ausgedruckt werden. Zusätzlich wird man sich das Impfzertifikat in Apotheken, bei niedergelassenen Ärzten ausdrucken lassen können, diese Möglichkeit soll im Laufe der Woche starten. Aufpassen müssen Genesene, die nur einen Erststich erhalten haben: Denn diese bekommen im "Grünen Pass" nur diese Erstimpfung vermerkt - und diese verliert nach drei Monaten ihre Gültigkeit - an einer EU-weiten Lösung wird gearbeitet.

Wem das alles zu kompliziert ist und ausreichend Geduld hat, kann auch einfach warten: **Denn alle Personen, die bis Ende Juni vollimmunisiert wurden, erhalten ihr Impfzertifikat in den nächsten Wochen per Post zugestellt.**

3. Wie der Grüne Pass in der Apple Wallet hinterlegt werden kann

Der Grüne Pass ist seit dem vergangenen Wochenende vollständig. Egal ob Genesen, Getestet oder Genesen, alle Zertifikate sind jetzt enthalten. Die Daten können mit der Handy-Signatur über das Elga-Portal beziehungsweise das Gesundheitsministerium abgerufen werden. Doch wohin mit dem QR-Code? Ausdrucken? Nicht ideal, erst recht nicht für die Umwelt. Irgendwo am Handy das PDF abspeichern und ständig von neuem suchen? Auch nicht prickelnd. Das dürfte sich wohl auch Fabian Pimminger gedacht haben. Der hat eine Web-App geschrieben, mit der das Impfzertifikat des Grünen Pass kurzum in Apple Wallet oder Android-Pendants abgelegt werden kann. Es ist auch das einzige Impfzertifikat mit der längsten Haltbarkeit. Informationen darüber, wieviele bereits die Web-App nutzen, gibt es nicht. Denn Daten werden nicht gesammelt. "Privacy by Design", wie es Pimminger nennt, der selbst gerne wissen würde, wieviele Nutzer er bereits hat.

Mehr dazu: <https://www.diepresse.com/5997071/wie-der-grune-pass-in-der-apple-wallet-hinterlegt-werden-kann>

Zur Website von Fabian Pimminger, auf der das PDF umgewandelt werden kann: <https://coronapass.fabianpimminger.com/>



4. COVID-19-Impfstoffe: Zusätzliche 841,8 Mio. € für 2022/23

Mit einem Initiativantrag planen ÖVP und Grüne, für die finanzielle Bedeckung der Aufrüstung des österreichischen COVID-19-Impfstoffportfolios um zusätzliche 42 Mio. Dosen für die Jahre 2022 und 2023 im Bundesfinanzrahmen vorzusehen. Der Gesundheitsminister soll deshalb ermächtigt werden, die seitens der EU bestellten Impfstoffe bis zu dem für Österreich vertraglich zur Verfügung stehenden vollen Anteil zu beschaffen. Insgesamt geht es um einen Rahmen von bis zu 841,8 Mio. €, wobei für 2022 447,3 Mio. € und für 2023 394,5 Mio. € eingeplant werden. Weiters soll ermöglicht werden, dass bestimmte COVID-19-Impfstoffe auch Staaten, die nicht zu den ärmsten Entwicklungsländern zählen, unentgeltlich überlassen werden können. Neben der Beteiligung an internationalen Verteilmechanismen wie Covax und den relevanten Initiativen der EU, plant Österreich auch bilateral jene Staaten zu unterstützen, mit denen besonders enge Beziehungen bestehen. Dies betrifft die Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, die Länder der östlichen und südlichen Partnerschaft, der EU und die Staaten des westlichen Balkans, heißt es in den Erläuterungen.

5. AstraZeneca wird weiterhin auch für Erstimpfung verwendet

Österreichweit sind bis Dienstag mehr als 1,2 Millionen AstraZeneca-Impfdosen verabreicht worden. 420.211 Menschen erhielten auch bereits den Zweitstich, bei 371.551 Personen ist dieser noch ausständig. Bis Ende kommender Woche sollen in Summe mehr als zwei Millionen AstraZeneca-Dosen nach Österreich geliefert werden. Diese Vakzine werden hauptsächlich für Zweitstiche verwendet, wo der Impfstoff verfügbar ist, wird es aber auch Erstimmunisierungen geben. Das sagte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums der APA. Vor rund einem Monat hatte Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) noch angekündigt, das Österreich Covid-19-Impfungen mit AstraZeneca auslaufen lässt, als Grund wurden die bekannten Lieferschwierigkeiten genannt.

Impfstoff schützt gegen Delta- und Kappa-Varianten

Der Impfstoff von AstraZeneca schützt dem Unternehmen zufolge gegen die Virusvarianten Delta und Kappa. Das geht aus einer Antikörper-Studie der Oxford University hervor, hieß es gestern in einer Mitteilung. Beide Varianten wurden zu nächst in Indien nachgewiesen.

6. Faßmann: Zusatz-Förderstunden auch im Herbst

Die zum Ausgleich von Lerndefiziten aufgrund des monatelangen Fernunterrichts geschaffenen Zusatz-Förderstunden an den Schulen sollen auch im Herbst in einem vermutlich geringeren Ausmaß weitergeführt werden. "Auch im Wintersemester wird es eine abschmelzende Förderregelung geben", betonte Bildungsminister Heinz Faßmann bei einer Pressekonferenz am Mittwoch. Das genaue Ausmaß soll vor Beginn des Schuljahrs bekanntgegeben werden. Bei dem Förderpaket stehen im Sommersemester im Schnitt jeder Klasse zwei Wochenstunden zur Verfügung. Die Förderstunden sollen dabei vor allem jenen Schülern zu Gute kommen, deren Lernrückstände infolge der Pandemie besonders groß sind. Die Schulen können dabei selbst entscheiden, ob sie die Zusatzressourcen für Förderunterricht, Gruppen- bzw. Klassenteilung, individuelle Fördermaßnahmen, geblockten Unterricht in bestimmten Fächern oder Ergänzungsunterricht in der Somerschule einsetzen.



7. Bundeskanzler Kurz für Wegfall der Quarantäne in Europa

Für Inhaber des europäischen Covid-19-Zertifikats („Grüner Pass“) soll die Quarantäne in Europa gänzlich wegfallen, forderte Bundeskanzler Sebastian Kurz vor dem EU-Gipfel in Brüssel. Auch solle es einheitlichere Bestimmungen geben, wann jemand als geimpft gelte, sagte Kurz.

Derzeit können die EU-Staaten angesichts von Virusvarianten noch zusätzliche national Vorschriften erlassen.

Grundsätzlich sei der „Grüne Pass“ ein richtiger Schritt hin zu mehr Reisefreiheit und Normalität, sagte der Kanzler.

8. Wifo und IHS erwarten für 2021 und 2022 kräftige Wirtschaftserholung

Nach der Corona-Krise steht Österreich heuer und nächstes Jahr eine kräftige Wirtschaftserholung bevor. Laut Wifo soll das BIP dabei 2021 und 2022 real um vier und fünf Prozent wachsen, aus Sicht des IHS um dreieinhalb und viereinhalb Prozent. Im Vorjahr war die Wirtschaft wegen Corona um 6,3 Prozent eingebrochen. Günstig entwickelt sich die Industrie, 2022 soll der Tourismus besonders gut laufen. Die Arbeitslosenrate dürfte auch Ende 2022 noch höher sein als vor der Pandemie.

Begünstigt wird der Aufschwung in Österreich durch die seit dem Frühjahr deutlich besseren weltweiten wirtschaftlichen Aussichten, so das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo). Vorlaufindikatoren würden auf den Beginn einer Hochkonjunkturphase deuten.

Weil die Fiskalpolitik die Wirtschaftserholung stützt, wird der Finanzierungssaldo auch heuer stark negativ sein – nach fast neun Prozent Maastricht-Abgang, gemessen am BIP im Vorjahr, rechnet das Wifo heuer mit 6,6 Prozent Defizit des Gesamtstaats, das IHS mit 7,4 Prozent. Komendes Jahr werden laut Wifo aber Konjunkturreffekte und das Auslaufen zahlreicher Stützungsmaßnahmen zu einer deutlichen Verbesserung der Staatsfinanzen beitragen, das Defizit sieht das Wifo bei 2,3 Prozent des BIP, das IHS bei 3,7 Prozent.

Der Konjunkturaufschwung dürfte auch die Preisentwicklung antreiben, nimmt das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) an. Die Teuerungsrate laut dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) werde heuer auf 2,3 Prozent anziehen, nach 1,4 Prozent im Vorjahr. Ausschlaggebend dafür sei neben der kräftigen Konsumnachfrage die Weitergabe der hohen Preise für Rohstoffe und bestimmte Güter.

Mehr dazu: <https://www.derstandard.at/story/2000127680853/wifo-und-ihs-erwarten-kräftige-wirtschaftserholung-2021-und-2022>



Aus den Bundesländern

1. Weitere Länder für Impfpflicht neuer Gesundheits-MitarbeiterInnen

Nachdem der Wiener Gesundheitsverbund im Juni eine Impfpflicht für Neuanstellungen fixiert hat und Wiens Gesundheitsstadtrat Peter Hacker zuletzt eine solche Regelung auch für Sozialeinrichtungen angekündigt hat, ziehen nun weitere Länder nach.

Im **Burgenland** wird die Corona-Impfung Voraussetzung für Neueintritte in den Spitälern sein. Neue MitarbeiterInnen müssen künftig nicht nur wie bisher gegen Masern, Hepatitis, Röteln und Tetanus, sondern auch gegen das Coronavirus geimpft sein, hieß es am Montag aus dem Büro von Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil auf APA-Anfrage.

Eine Impfpflicht für Neuanstellungen ist auch in **Niederösterreich** geplant - und zwar in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Aus dem Land hieß es dazu auf APA-Anfrage, dass dieser Weg verfolgt werde - das sei eine Frage des "Hausverstands". An der Umsetzung werde derzeit gearbeitet.

Auch in der **Steiermark** will man den Weg der Bevorzugung von Geimpften gehen: Zuletzt gab es Signale der Medizinischen Universität Graz, der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft (KAGes) sowie seitens der Barmherzigen Brüder, dass noch im Sommer die Regeln bei den Neuanstellungen entsprechend abgeändert werden sollen. Die genauen Modalitäten sind aber noch abzustimmen. Der Rektor der Med Uni, Hellmut Samonigg, will schon ab 1. August im krankennahen Bereich bei den Neuanstellungen auf die Impfungen achten. Auch für das Kinderbetreuungspersonal will Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer ähnliche Vorgaben bei Neuanstellungen einführen. Entsprechende Empfehlungen an die Gemeinden dürfte es geben. Details sollen in den kommenden Tagen bei einer Pressekonferenz bekannt gegeben werden, hieß es aus seinem Büro.

In **Kärnten** setzt man hingegen auf Freiwilligkeit, erklärte Gesundheitsreferentin Beate Prettnner am Montag im Rahmen einer Pressekonferenz: "Dass das funktioniert, zeigt auch diese Impfkation." Im Gesundheitsbereich, beim Krankenanstaltenbetreiber Kabeg, seien bereits 80 Prozent der MitarbeiterInnen geimpft. Hier prüfe man auch den Impfstatus, wenn jemand neu eintritt oder ein Praktikum im Krankenhaus absolviert. Auf die Frage, ob es denn bei der Freiwilligkeit bleiben werde, meinte Prettnner: "Wir motivieren und natürlich schauen wir bei der Einstellung, dass wir die Motivation noch einmal erhöhen."

In **Oberösterreich** ist das Vorgehen ähnlich: Nachdem es eine hohe Impfrate in den Krankenhäusern der Gesundheitsholding und dem Kepler Uniklinikum gebe, "wird es in unseren Häusern keine Pflicht geben", stellte Landeshauptmann Thomas Stelzer am Rande einer Pressekonferenz in Linz am Montag klar.

Salzburgs Gesundheitsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl sprach sich gegenüber der APA für eine bundesweite gemeinsame Vorgehensweise aus. Dieses Thema sollten die Bundesländer mit dem Gesundheitsminister besprechen und sich dann auf einheitliche Regelung einigen. Eine Präferenz für oder gegen eine Impfpflicht für Neueintritte in Gesundheits- und Sozialeinrichtungen in Salzburg ließe er nicht erkennen.

Aus **Vorarlberg** hieß es seitens der Landespressestelle, derzeit gebe es keine Impfpflicht. Es sei aber nicht auszuschließen, dass künftig strengere Vorgaben kommen. Sowohl für die Krankenhäuser als auch für die Pflege liefen derzeit rechtliche Prüfungen.

Ähnlich die Situation in **Tirol**: Derzeit würden Gespräche mit allen Beteiligten laufen, so Gesundheitslandesrätin Annette Leja. Sie befürworte jedenfalls die Impfung der MitarbeiterInnen gerade bei der Arbeit mit besonders vulnerablen Gruppen, sagte sie.



In **Wien** gilt seit Anfang Juni, dass neue MitarbeiterInnen im Gesundheitsverbund geimpft sein müssen - also alle MitarbeiterInnen der meisten großen Wiener Spitäler und auch viele Pflegehäuser. Die Impfpflicht gilt sowohl für ÄrztInnen und Pflegekräfte, auch für das Reinigungspersonal sowie die gesamte Verwaltung - und auch für PraktikantInnen. Gesundheitsstadtrat Hacker hatte vergangene Woche erklärt, dass die Impfpflicht am Ende den gesamten Sozial- und Gesundheitsbereich betreffen soll. Eine Ausweitung auf weitere Berufsgruppen sei "nicht ausgeschlossen".

2. Tirol: Urlaub kein Grund für Impfverschiebung

Tirols Gesundheitsdirektor Thomas Pollak hat am Montag darauf aufmerksam gemacht, dass man vom Land zugeteilte Impftermine wegen Urlaubs nicht verschieben kann. Als Gründe für eine Verschiebung gelten nur Gerichtstermine oder etwa eine Operation. Nach einer urlaubsbedingten Absage des Impftermins wird man nach hinten gereiht und bekommt derzeit keinen neuen Termin gleich nach Urlaubsende. Dennoch sieht man im Land die Problematik und werde an einer Lösung arbeiten, so Pollak.

Mehr dazu: <https://tirol.orf.at/stories/3109339/>



Aus den Städten und Gemeinden

1. Österreichischer Gemeindebund für Zurückfahren der Teststraßen, Österreichischer Städtebund zurückhaltend

Der Gemeindebund will mit fortlaufendem Impffortschritt die Gratis-Testinfrastruktur in den Kommunen zurückfahren. Über den Sommer hinweg sollen die Gratis-Testangebote noch aufrechterhalten werden, "das schulden wir dem Tourismus", sagte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl zum "Kurier". Danach soll damit aber Schluss sein.

Im Gemeindebund rechnet man damit, dass nach dem Sommer alle Österreicher bereits ein Impfangebot hatten. Wer sich nicht impfen lässt, der müsse dann auf eigene Kosten testen, so Riedl im "Kurier": "Warum soll der Steuerzahler für jene, die sich partout nicht impfen lassen wollen, Geld in die Hand nehmen." Diese Forderung habe er sich in einer Versammlung der Landespräsidenten und im Bundesvorstand des Gemeindebundes auch absegnen lassen.

"Für die geringere Zahl derjenigen, die sich der Impfung verweigern, könnten dann die Gesundheitsdienstleister wie die Apotheken Tests anbieten. Außerdem sind ja bereits die Selbsttests eingeübt, die auch für den Restaurant-, Friseur- oder den Kulturbesuch nutzbar sind", so Riedl. Gemeindebund-Generalsekretär Leiss bekräftigte im Ö1-"Mittagsjournal" die Forderung: "In den Tourismusregionen, wo auch viele Gäste dann sein werden, wird es da oder dort noch erforderlich sein. Aber je nach Impffortschritt wird man überlegen, diese Infrastruktur in den Sommermonaten zurückzufahren oder zurückzunehmen".

Im Österreichischen Städtebund zeigte man sich zurückhaltend. "Grundsätzlich ist es - gerade angesichts der berühmtesten Variante Delta -, glaube ich, nicht angebracht, das bewährte Instrument des Testens zurückzufahren, ganz im Gegenteil." Vielmehr wünscht sich Weninger den Ausbau des PCR-Testangebotes bzw. eine Umschichtung der Ressourcen in diese Richtung, denn nur mit diesem könne man die Ausbreitung von Virusvarianten beobachten. Der Generalsekretär verwies auf die Wiener PCR-Aktion "allesgurgelt": Gesundheitsstadtrat Peter Hacker habe ja schon angeboten, "auch für die Umlandgemeinden von Wien die Testinfrastruktur zur Verfügung zu stellen". Diese Ansicht bestätigte auch Städtebund-Präsident Michael Ludwig. „Als Präsident des österreichischen Städtebunds erachte ich die Aufrechterhaltung der bestehenden und gut funktionierenden Teststraßen als essentielles Instrument im Kampf gegen die Pandemie", betonte er auf Twitter. Dies bedeute zwar - auch für große Kommunen - einen hohen Ressourcenaufwand, doch die Infrastruktur müsse vor allem im Hinblick auf den Herbst und die Delta-Mutation offen gehalten werden, befand er.

Eine deutliche Warnung vor einem Aus der Teststraßen kam am Mittwoch vom Epidemiologen Gerald Gartlehner: "Ein grundsätzliches Verschwinden der Teststraßen, wie es jetzt genannt wurde, wäre sehr gefährlich und sehr heikel, weil wir eigentlich nicht wirklich wissen, was im Herbst mit der Delta-Variante auf uns zukommen wird", sagte er im Ö1-Radio. Wenn man davon ausgehe, dass im Herbst 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung geimpft sind, "dann ist doch noch immer noch ein großer Teil der nicht geimpft ist und der auf diese Teststraßen zurückgreifen wird", so der Experte. "Und auch zur Beruhigung der schon geimpften Bevölkerung: Manche werden das Bedürfnis haben, wenn sie Erkältungssymptome entwickeln, sich trotzdem testen zu lassen", betonte Gartlehner. Geimpfte müssten sich zwar grundsätzlich nicht testen lassen, denn das Restrisiko sei minimal - es gebe aber Ausnahmen: "Wenn man Symptome entwickelt, die auf Covid hindeuten" - oder wenn man mit sehr vulnerablen Gruppen in Kontakt ist.

Im Gesundheitsministerium reagierte man auf die Debatte laut "Kurier" und "Ö1" zurückhaltend. Die niederschweligen und kostenfreien Testangebote sollen für die Sommermonate bestehen bleiben, wie sie dann in Zukunft ausgestaltet werden, darüber werde derzeit beraten. Neue Test-Angebote wie etwa die PCR-Gurgeltests und das schnelle Fortschreiten der Impfungen würden aber eine mittelfristige Umschichtung der Testkapazitäten möglich machen, hieß es. Die Testung von Verdachtsfällen soll jedenfalls auch künftig kostenfrei angeboten werden.

Zum Beitrag im Ö1 Mittagsjournal vom 23.06.2021: <https://radiothek.orf.at/oe1/20210623/641826/1624442743000>



2. Wien öffnet „Walk-in“ für Handysignaturen

Mit einer Handysignatur ist der Zugriff nicht nur auf behördlichen Anträge, sondern auch auf den Grünen Pass möglich. Wegen des erwarteten Ansturms wurde im Rathaus ein „Walk-in“ – eine Anlaufstelle – eröffnet, in der Handysignaturen ohne Voranmeldung ausgestellt werden.

Eine Terminvergabe für das „Walk-in“ in der Volkshalle sei nicht nötig, berichtete Bürgermeister Michael Ludwig am Donnerstag. Rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Stadtservice sind dort von Montag bis Freitag von 7.30 bis 17.00 Uhr im Einsatz. Derzeit ist geplant, das Service bis zum Herbst anzubieten.

Man rechne damit, dass rund 1.000 Signaturen pro Tag ausgestellt werden können, hieß es am Donnerstag. Erstellt wird diese innerhalb weniger Minuten. Am Donnerstagvormittag wurden bereits erste Anträge behandelt. Mitzunehmen sind eine Personalausweis und das eigene Handy.



Europa und International

1. Studie: Distanzunterricht ist wenig effektiv

Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Frankfurter Goethe-Universität. Dafür wurden weltweit Studien über die Auswirkungen der Corona-bedingten Schulschließungen auf die Leistungen und Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern analysiert. Die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien haben besonders unter den Schulschließungen gelitten.

Mehr dazu: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/studie-zur-corona-krise-distanzunterricht-angeblich-so-effektiv-wie-sommerferien/27306212.html>

2. EU kauft weitere 150 Millionen Impfdosen von Moderna

Die EU-Kommission kauft weitere 150 Millionen Dosen CoV-Impfstoff des US-Herstellers Moderna. Eine entsprechende Option aus einem Vertrag vom Februar wurde jetzt gezogen, wie ein Kommissionssprecher heute mitteilte. Die Lieferung soll im dritten Quartal beginnen und sich bis ins Jahr 2022 hineinziehen.

Die Kommission hat zwei Verträge mit Moderna: einen über 160 Millionen Dosen vom vergangenen Jahr und einen zweiten vom Februar. Mit dem zweiten Kontrakt waren 150 Millionen Impfdosen fest bestellt und weitere 150 Millionen Dosen als Option vereinbart worden. Um diesen Teil der Vereinbarung geht es jetzt.

Weiterverkauf und auch Spenden möglich

Die EU könne damit an Virusvarianten angepassten Impfstoff sowie Impfstoffe für Kinder und für Auffrischungen kaufen, sagte der Sprecher. Der Vertrag garantiere eine zeitnahe Lieferung und die Möglichkeit, diese an den Bedarf der EU-Staaten und an die Pandemielage anzupassen. Die Mitgliedsstaaten könnten den Impfstoff auch weiterverkaufen oder spenden, um zur Versorgung anderer Staaten weltweit beizutragen.

3. Kubanisches Vakzin Abdala soll zu über 90 Prozent wirksam sein

Der in Kuba entwickelte Impfstoffkandidat Abdala hat nach Angaben des staatlichen Pharmakonzerns Biocubafarma eine Wirksamkeit von mehr als 90 Prozent gegen das Coronavirus. Bei drei Impfdosen liege die Wirksamkeit bei 92,28 Prozent, teilte das Unternehmen gestern (Ortszeit) mit. Ein zweiter kubanischer Impfstoffkandidat, das Präparat Soberana 2, hat nach Angaben des Herstellers Finlay nach zweier der vorgesehenen drei Impfdosen eine Wirksamkeit von 62 Prozent. Beide Impfstoffe sollen in Kürze in Kuba zugelassen werden.

4. Beschränkungen nach neuen Fällen in Israel

Israel hat nach einem Anstieg von Neuinfektionen wieder Beschränkungen verhängt. Auf dem internationalen Flughafen Ben Gurion, an Grenzübergängen und in medizinischen Einrichtungen müssten ab sofort wieder Masken getragen werden, teilte das Gesundheitsministerium heute mit.

Außerdem sollten Bußgelder in Höhe von umgerechnet rund 1.290 Euro gegen Eltern verhängt werden, deren Kinder gegen Quarantänevorschriften verstoßen.

Auch Geimpfte und Genesene sollen künftig in Quarantäne geschickt werden, falls sie Kontakt mit einer Person hatten, die sich mit einer „gefährlichen Variante“ des Coronavirus infiziert hat. Das gilt auch für Kontakte mit Infizierten in Flugzeugen. Bisher sind Geimpfte und Genesene von der Quarantänepflicht befreit.

Israels Ministerpräsident Naftali Bennett hatte von einem „neuen Ausbruch“ des Coronavirus im Land gesprochen. Er wies auch die Wiedereinrichtung des COVID-Kabinetts an. Er appellierte an Israelis, nicht ohne Grund ins Ausland zu reisen.



5. Schweizerischer Städteverband: Neue Perspektiven für die Integration trotz der Krise

Die Stadt Yverdon-les-Bains hat eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, um auch während der Covid-19-Krise die Beteiligung der gesamten Bevölkerung sicherzustellen. Für die Unterstützung der Migrationsbevölkerung waren besondere Herausforderungen zu bewältigen. Die Verbreitung von Informationen an die fremdsprachige Bevölkerung hat an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig mussten aufgrund der Einschränkung persönlicher Kontakte neue Kommunikationskanäle gefunden werden.

Mehr dazu: <https://staedteverband.ch/699/de/neue-perspektiven-fur-die-integration-trotz-der-krise?share=1>

